



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2015

---

## **Die Unterstützung des Bundes für das Rätoromanische**

Valär, Rico Franc ; Vitali, David ; Andrey, Stephanie

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-162333>

Book Section

Accepted Version

Originally published at:

Valär, Rico Franc; Vitali, David; Andrey, Stephanie (2015). Die Unterstützung des Bundes für das Rätoromanische. In: Glaser, Andreas; Bisaz, Corsin. Rätoromanische Sprache und direkte Demokratie : Herausforderungen und Perspektiven der Rumantschia. Zürich: Schulthess Verlag, 25-45.

*David Vitali, Stéphanie Andrey, Rico Valär*

# Die Unterstützung des Bundes für das Rätoromanische

---

A.	Der Weg zur Mehrsprachigkeit des Bundes . . . . .	26
B.	Die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache . . . . .	28
C.	Der Ausbau der Bundesunterstützung nach der Anerkennung . . . . .	31
D.	Eine zweite nationale Abstimmung über das Rätoromanische . . . . .	36
E.	Internationale Bestrebungen zum Schutz von Minderheitensprachen . . .	38
F.	Die Unterstützung des Rätoromanischen durch den Bund heute . . . . .	40

---

Mehrsprachigkeit und Föderalismus gelten heute als charakteristische Merkmale der Schweiz. Die Geburtsstätte des Föderalismus sind jedoch nicht die Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden, sondern die Kantone Graubünden und Wallis – Staatengebilde also, welche nicht ganz zufällig lange vor der Eidgenossenschaft mehrsprachig waren. Die grosse Autonomie der Gemeinden des Freistaats Gemeiner Drei Bünde, welche in diesem mehrsprachigen und später auch mehrkonfessionellen Staatsgebilde ein friedvolles Zusammenleben ermöglichte, wurde zum Vorbild für die föderalistische Struktur des wachsenden Staatenbundes der Alten Eidgenossenschaft. Der Föderalismus als Urprinzip der heutigen Schweiz hat also einen nicht unerheblichen Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit der Kantone Wallis und Graubünden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu LIVER 1933 und 1982, S. 164 f.

## A. Der Weg zur Mehrsprachigkeit des Bundes

Die Eidgenossenschaft selber war lange Zeit kein mehrsprachiges Staatsgebilde, sondern ein ausschliesslich deutschsprachiges. Zwar wurde mit der Republik Freiburg bereits 1481 ein zweisprachiger Ort in das eidgenössische Bündnis aufgenommen. Weil Freiburg den Verkehr mit den Eidgenossen jedoch seit jeher ausschliesslich auf Deutsch abwickelte, wurde die Sprache dabei nicht zum Thema. Französischsprachige Gebiete wie die Waadt und das Unterwallis, aber auch das italienischsprachige Tessin waren bis Ende des 18. Jahrhunderts Untertanengebiete. Erst mit der Französischen Revolution und der Helvetischen Republik änderte sich die Einstellung zum Französischen. Mit der Mediationsakte von 1803 wurde die eidgenössische Verwaltung der Schweiz definitiv mehrsprachig und zwar durch die Macht des Faktischen: Erstens wurden jegliche Untertanengebiete zu gleichberechtigten Kantonen, die auch ihre Rechte einfordern konnten. Zweitens setzte Bonaparte als ersten Directorial-Kanton der Eidgenossenschaft den zweisprachigen Kanton Fribourg ein und als ersten Landamann der Schweiz den französischsprachigen Feldmarschall und Diplomat Ludwig von Affry.<sup>2</sup> Erster eidgenössischer Kanzler wurde der ebenfalls französischsprachige Anwalt Jean-Marc Mousson.<sup>3</sup>

In der Bundesverfassung von 1848 wurden dann auf Antrag der Kantone Waadt und Tessin „die drei Hauptsprachen“ Deutsch, Französisch und Italienisch als „Nationalsprachen des Bundes“ verankert. Der Bundesrat beschreibt das damalige Vorgehen in einer späteren Botschaft wie folgt:

„[Die] im August 1847 mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes beauftragte Kommission hatte es nicht für nötig erachtet, einen Sprachenartikel auszuarbeiten. Sie huldigte wohl der Auffassung, dass auf diesem Gebiete das ungeschriebene Recht stärker sei als das geschriebene. In der Tagsatzung, die den Entwurf behandelte, stellte jedoch die Gesandtschaft des Kantons Waadt den Antrag, folgende Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen: ‚Les trois langues parlées en Suisse, l’allemand, le français et l’italien, sont langues nationales.‘ Die Eidgenossen seien, so bemerkte der Sprecher der waadtländischen Abordnung, aus drei nationalen Elementen zusammengesetzt, aus deutschen, französischen und italienischen Völkerschaften. Diese Bestandteile des Volkes seien zwar nicht Deutsche, Franzosen oder Italiener. Sie fänden ihre Einheit im realen Begriff der schweizerischen Nation. Allein

---

<sup>2</sup> Vgl. Art. 1 und 2 der Übergangsbestimmungen der Mediationsverfassung von 1803.

<sup>3</sup> LOUIS POLLA, Jean-Marc Mousson, in: HLS Online, «[www.hls.ch](http://www.hls.ch)».

alle diese Sprachen seien gleichberechtigt, und es dürfe daher nicht ein Idiom auf Kosten der beiden andern eine ausschliessliche Geltung beanspruchen. Dieser Antrag wurde vom Vertreter des Kantons Tessin lebhaft unterstützt und fand die Zustimmung sämtlicher 22 Kantone. Immerhin war man ebenso allgemein damit einverstanden, ‚dass, wenn in Beziehung auf Verfassung, oder Gesetze, oder Beschlüsse abweichende Ansichten entstehen sollten, alsdann der deutsche Text zur Entscheidung der Differenz massgebend sein müsste‘ (eine Auffassung, die bekanntlich später aufgegeben worden ist). Der neue Artikel wurde von der Tagsatzung in folgender Passung angenommen: ‚Die drei in der Eidgenossenschaft lebenden Hauptsprachen werden für amtlich erklärt, und es hat die Bundeskanzlei dafür zu sorgen, dass die Abschiede, die Gesetze und Beschlüsse der Bundesbehörden auf Kosten der Eidgenossenschaft in deutscher und französischer Sprache abgefasst werden.‘ Die Redaktionskommission ging dann aber auf den einfacheren und grösseren Spielraum lassenden Wortlaut des ursprünglichen Antrages zurück, und so wurde denn am 27. Juli 1848 ohne weitere Aussprache mit sämtlichen Stimmen die Aufnahme des folgenden Artikels 109 in die Bundesverfassung beschlossen: ‚Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.‘<sup>4</sup>

Angesichts des eher geringen Prestiges des Rätoromanischen in Graubünden selbst erstaunt es kaum, dass die Gesandten von Graubünden damals keinen Antrag auf Aufnahme des Rätoromanischen als Nationalsprache machten.<sup>5</sup> Die kantonale Verwaltung Graubündens sowie die Bündner National- und Ständeräte benutzten damals nur Deutsch als offizielle Verwaltungssprache im Kanton und im Verkehr mit den Bundesbehörden.<sup>6</sup> Darüber hinaus verzichtete der Gesetzgeber wohl aus Überlegungen praktischer Natur darauf, auch das Rätoromanische als Nationalsprache zu bezeichnen, denn mit dem Begriff der Nationalsprache wurde damals die Gültigkeit als Amtssprache verbunden. Mit der Formulierung „die drei Hauptsprachen“ war aber das Bestehen einer weiteren Landessprache grundsätzlich festgestellt.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> BBl 1937 II 14.

<sup>5</sup> CORAY 2008, S. 81.

<sup>6</sup> LECHMANN 2005, S. 183.

<sup>7</sup> Vgl. BBl 1958 II 254.

## B. Die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache

Im 19. Jahrhundert wurde in Graubünden nur vereinzelt auf die rechtliche Ungleichbehandlung des Rätoromanischen auf Bundesebene hingewiesen. Beispielsweise kritisierte die *Gasetta Romontscha* gelegentlich, der Bund lasse die Rätoromanen über Vorlagen abstimmen, welche ihnen in einer Sprache mitgeteilt würden, die nur die Wenigsten verstehen. Im Jahr 1876 stellte der Grosse Rat Graubündens ein Gesuch an die Bundesbehörden, Bundesgesetze und Verordnungen auch auf Rätoromanisch zu publizieren. Dieses Gesuch wurde vom Bundesrat abgelehnt.<sup>8</sup> Allerdings wurden schon 1872 und 1874 die Vorlagen betreffend die Revision der Bundesverfassung in die beiden rätoromanischen Hauptidiome, das Vallader und das Sursilvan, übersetzt. Später ermöglichte der Bund durch die gänzliche oder teilweise Übernahme der Kosten die Übersetzung des Schweizerischen Obligationenrechtes, des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, des Schweizerischen Strafgesetzbuches, des Bundesgesetzes über die AHV sowie des Landwirtschaftsgesetzes ins Rätoromanische.<sup>9</sup>

Weiter unterstützte der Bund die Pflege und Erforschung des Rätoromanischen bereits vor seiner Anerkennung als Nationalsprache unter anderem mit Beiträgen von insgesamt 82'000 Franken in den Jahren 1892 bis 1919 an die Herausgabe der „Rätoromanischen Chrestomathie“ von Caspar Decurtins oder mit regelmässigen Subventionen seit 1905 an die Bearbeitung und Publikation des „Dicziunari Rumantsch Grischun“, des Idiotikons der rätoromanischen Schweiz. Gemäss der neuen Fassung des Bundesgesetzes betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 15. März 1930 wurde dem Kanton Graubünden ausser dem Grundbeitrag nicht nur ein Bergzuschlag von 60 Rappen pro Einwohner gewährt, sondern überdies ein Sprachzuschlag in gleicher Höhe, berechnet pro Kopf der Bevölkerung rätoromanischer und italienischer Sprache.<sup>10</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg zeigte sich die nationalpolitische Relevanz des Rätoromanischen immer deutlicher und die Forderung der Rätoromanen nach einer Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache wurde nachdrücklicher. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs und im Rahmen der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain stellte sich die Sprachgrenze zwischen deutschsprachigen und italienischsprachigen Gebieten als politisch hoch brisant heraus – beispielsweise in Zusammenhang mit der Eingliede-

---

<sup>8</sup> BERTHER 2012, S. 354 f.

<sup>9</sup> Vgl. BBl 1958 II 265.

<sup>10</sup> Vgl. BBl 1958 II 264.

rung Südtirols in Italien. Das rätoromanische Sprachgebiet befindet sich just auf dieser Sprachgrenze, weshalb Nationalisten aus Deutschland und Italien immer insistenter die Ausrottung des Rätoromanischen und die Etablierung des Deutschen beziehungsweise des Italienischen als Hoch- und Kultursprache in den rätoromanischen Talschaften verlangten. Diese Vermischung von linguistischen und politischen Überlegungen und Ansprüchen konnte weder der Kanton Graubünden noch der Bund unbeachtet lassen.<sup>11</sup> Im Jahr 1919 gründeten Exponenten der rätoromanischen Sprachvereine die Dachorganisation Lia Rumantscha, um geschlossen für ihr Selbstbestimmungsrecht einzustehen und ihre Ansprüche dem Kanton und dem Bund gegenüber geeint zu vertreten.

Zwei grundlegende Forderungen der Gründungszeit der Lia Rumantscha sind jährliche Subventionen der öffentlichen Hand zur Unterstützung ihrer Arbeit zugunsten der Spracherhaltung und der Sprachförderung sowie die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache. Im Jahr nach der Gründung der Lia Rumantscha gelang es mit einer ersten Informations- und Propagandaaktion, das eidgenössische Parlament für jährliche Subventionen in der Höhe von 10'000 Franken zu gewinnen. An diesem Betrag wurde mit Ausnahme einer vorübergehenden Kürzung im Rahmen der Finanzprogramme der dreissiger Jahre bis 1947 festgehalten.<sup>12</sup> Die Forderung des Initianten und ersten Präsidenten der Lia Rumantscha, Giachen Conrad, man müsse vom Bund die verfassungsrechtliche Anerkennung des Rätoromanischen als Schweizer Amtssprache verlangen, hielten damals viele Rätoromanen und ausgewiesene Spezialisten (beispielsweise der Staatsrechtler Fritz Fleiner) für utopisch und rechtlich nicht realisierbar.<sup>13</sup>

Zu Beginn der 1930er-Jahre engagierte sich der Engadiner Jurist Otto Gieré für einen neuen Anlauf in dieser Frage. Er kombinierte die Forderung nach verfassungsrechtlicher Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache mit einem juristischen Kniff: Da sich die Rätoromanen in erster Linie eine ideelle Anerkennung wünschten, sei es nicht angebracht, von der Eidgenossenschaft enorme finanzielle Opfer zu verlangen. Eine völlige Gleichbehandlung des Rätoromanischen als „offizielle Amtssprache“ sei angesichts des damit verbundenen finanziellen und strukturellen Aufwandes nicht sinnvoll. Deshalb schlug Gieré für die Revision des Sprachenartikels der Bundesverfassung eine neue Unterscheidung zwischen „Nationalsprachen“ und „Amtssprachen“ vor. Das Rätoromanische sollte so lediglich den ideellen Status einer Nationalsprache erhalten.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> VALÄR 2013, S. 210 f.

<sup>12</sup> LECHMANN 2005, S. 224, 229, 285 f.; DÖRIG 1982, S. 110.

<sup>13</sup> VALÄR 2013, S. 243 f.

<sup>14</sup> CORAY 2008, S. 335 f.

Dieser Vorschlag fand bei den Sprachorganisationen nach und nach Anklang und gewann vor dem Hintergrund der territorialen Ansprüche der italienischen Irredentisten und Faschisten gegenüber den rätoromanischen und italienischsprachigen Gebieten der Schweiz rasch auch die Unterstützung des Grossen Rates sowie der Regierung des Kantons Graubünden. Am 21. September 1935 erfolgte die reich dokumentierte Eingabe der Regierung Graubündens an den Bundesrat. Im April 1936 antwortete Bundesrat Philipp Etter, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, auf eine Interpellation von Giuseppe Condrau in dieser Sache, der Bundesrat bringe dem Begehren der Bündner Regierung und den Wünschen des rätoromanischen Volks „aufrichtige Sympathie und volles Verständnis“ entgegen. Der Bundesrat beabsichtige nach zusätzlichen juristischen Abklärungen betreffend die Begriffe „Nationalsprache“ und „Amtssprache“, der Bundesversammlung eine Vorlage zur Revision des Artikels 116 der Bundesverfassung zu unterbreiten.<sup>15</sup>

Die Eingabe der Rätoromanen an den Bundesrat zur Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache fiel in eine innen- wie aussenpolitisch besonders bewegte Zeit. Angesichts der Bedrohung durch die erstarkenden totalitären Regimes im Norden und Süden entstand in der Schweiz eine politische „Sammlungsbewegung“, deren Grundlage und Ideologie die Politik der geistigen Landesverteidigung wurde. Bundesrat Philipp Etter, der auch als „Vater“ der geistigen Landesverteidigung bezeichnet wird, wurde in den Jahren 1936 bis 1938 einer der grössten Promotoren der Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache. Er betrachtete die Forderung der Rätoromanen als „patriotisches Postulat, das unser Volk aus materieller Sorge und wirtschaftlichen Kämpfen aufreisst zur Besinnung auf geistige Werte und zu einer geistigen Tat“, und konzipierte zusammen mit den Exponenten der rätoromanischen Spracherhaltungsbewegung die Abstimmungspropaganda als Element der geistigen Landesverteidigung.<sup>16</sup>

Im Geist des gesteigerten Patriotismus in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg vermochte man mit starken folkloristischen Bildern und Appellen an die freundeidgenössische Solidarität und Einheit, das Parlament zu überzeugen und das Stimmvolk zu mobilisieren. Nach einstimmigen Beschlüssen zugunsten der Vorlage im Bundes-, National- und Ständerat wurde das Rätoromanische in der Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 als Nationalsprache der Schweiz anerkannt. Das historische Resultat von 91,6 % Ja-Stimmen wurde in der Geschichte der Eidgenossenschaft nur zwei Mal übertroffen und konnte als

---

<sup>15</sup> VALÄR 2013, S. 255 f.

<sup>16</sup> VALÄR 2013, S. 312 f.

„Demonstration des eidgenössischen Zusammenhaltes“ und als eigentliche „Bejahung des schweizerischen Staatsgedankens“ interpretiert und gefeiert werden.<sup>17</sup>

## C. Der Ausbau der Bundesunterstützung nach der Anerkennung

Die Konsequenzen der Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache bis in die 1950er-Jahre hielt der Bundesrat rückblickend folgendermassen fest:

„Die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache des Bundes zeitigte mannigfache Auswirkungen. In den Bündner Tälern, in der ganzen Schweiz und selbst im Ausland vermehrte sich das Interesse für Sprache, Land und Volkstum der Rätoromanen. Die Bemühungen um Wahrung und Förderung der vierten Nationalsprache erhielten neuen Auftrieb. 1939 erschien die erste Lieferung des bündnerromanischen Idiotikons ‚Dicziunari rumantsch grischun‘. 1943 erhielt eine grosse Zahl Gemeinden wieder ihre romanischen Bezeichnungen an Stelle der im 19. Jahrhundert offiziell gewordenen deutschen Namen. 1945 wurden die deutsch-romanischen Wörterbücher von Vieli und Bezzola/Tönjachen herausgegeben, denen die Lehrbücher von Nay und Vonmoos vorausgegangen waren. Im gleichen Jahr ist durch die Eröffnung von romanischen Kleinkinderschulen in den vom Rückgang des Romanischen am meisten bedrohten Gebieten Mittelbündens und des Oberrheingadins eine neuartige Aktion zur Rückgewinnung von verlorenem Boden in die Wege geleitet worden. [...] Die Schweizerische Rundspruchgesellschaft stellt seit Anfang der vierziger Jahre ihren Sender Beromünster für periodische rätoromanische Sendungen zur Verfügung. 1952 wurde die im Jahre 1946 gegründete ‚Cumünanza Radio Rumantsch‘ als Mitglied in die Schweizerische Rundspruchgesellschaft aufgenommen.“<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Abstimmungen mit den höchsten Ja-Anteilen: Volksabstimmung vom 6. Juni 1915 zum „Bundesbeschluss betreffend Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer“, angenommen mit 94.3 % Ja-Stimmen; Volksabstimmung vom 6. Juni 1971 zum sogenannten Umweltschutzartikel („Bundesbeschluss vom 18.12.1970 über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24septies betreffend den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen“), angenommen mit 92.7 % Ja-Stimmen; mit gleicher Prozentuale wie die Anerkennung des Rätoromanischen wurde in der Volksabstimmung vom 10. März 1996 mit 91.6 % Ja-Stimmen der „Bundesbeschluss über den Übertritt der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura“ angenommen.

<sup>18</sup> Vgl. BBl 1958 II 272.



Nach 1938 erhielt in erster Linie die Lia Rumantscha sukzessive mehr finanzielle Unterstützung vom Bund und vom Kanton Graubünden. Im Februar 1947 ersuchte die Lia Rumantscha um eine Erhöhung des bisherigen Bundesbeitrages von 10'000 auf 60'000 Franken. Sie begründete das Begehren mit der Notwendigkeit vermehrter Anstrengungen zur Rettung des Rätoromanischen in den sprachlich gefährdeten Gebieten, wobei vor allem auf die 1945 ins Leben gerufene Aktion der Kleinkinderschulen hingewiesen wurde. Die eidgenössischen Räte bewilligten eine Erhöhung auf 50'000 Franken.

Bei ihrer Eingabe zur Erhöhung der Bundessubventionen berief sich die Lia Rumantscha explizit auf den revidierten Sprachenartikel der Bundesverfassung, aus welchem sie eine Pflicht des Bundes ableitete, das Rätoromanische zu unterstützen.<sup>19</sup> Zur Legitimation der Finanzhilfen für das Rätoromanische verwies auch der Bundesrat nach 1938 in verschiedenen Botschaften ausdrücklich auf den neuen Verfassungsartikel, der eine Verpflichtung des Bundes mit sich bringe, den Erhalt der Nationalsprachen zu unterstützen:

„Der Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache kommt nicht nur die Bedeutung zu, dass die romanische Sprache Nationalsprache ist, sondern auch, dass sie es bleiben soll. Mit der Anerkennung wird der Bestand einer Nationalsprache garantiert und die Erhaltung der überlieferten Ausdehnung sichergestellt (Fleiner/Giacometti, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 1949, S. 394). Wenn daher Artikel 116 der Bundesverfassung bezweckt, den Bestand der Nationalsprache zu sichern, so muss diese Bestimmung auch die Kompetenz des Bundes einschliessen, für die Erhaltung einer Nationalsprache zu sorgen. So bietet denn der Nationalsprachenartikel eine feste verfassungsrechtliche Grundlage für die Ausrichtung von Bundessubventionen an die LR [...].“<sup>20</sup>

Diese aus Artikel 116 aBV abgeleitete Bestandesgarantie für das Rätoromanische und die Zuständigkeit des Bundes für die Unterstützung einer Schweizer Nationalsprache wurde in der Folge auch in weiteren Botschaften erwähnt, die eine Erhöhung der Bundessubventionen für das Rätoromanische vorsahen. 1958 wurden die Beträge des Bundes an die Lia Rumantscha unter gleichzeitiger Verankerung in einem Bundesbeschluss auf 100'000 Franken erhöht, 1968 auf 190'000 Franken, 1974 auf 450'000 Franken, 1983 auf 1.5 Millionen, 1991 auf 1.871 Millionen Franken und 1996 auf 2 Millionen Franken.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> LECHMANN 2005, S. 289 f.

<sup>20</sup> BBl 1958 II 272; vgl. CORAY 2008, S. 337.

<sup>21</sup> Siehe hierzu die entsprechenden Botschaften und Bundesgesetze in der Bibliographie.

Die sprachrechtliche Argumentation spielte auch in anderen Bereichen eine wichtige Rolle. Der Verweis auf den neuen Status des Rätoromanischen als Nationalsprache bekräftigte beispielsweise die Forderung nach Verwendung rätoromanischer Ortsnamen durch Post und Bahn oder auch die Forderung nach Berücksichtigung des Rätoromanischen, nebst den drei andern Nationalsprachen, auf den Schweizer Banknoten (realisiert seit der Banknotenserie von 1976).<sup>22</sup> Wohl ebenfalls damit in Zusammenhang steht die Unterstützung der Ausarbeitung und Herausgabe des „Rätischen Namenbuches“ in den Jahren 1953 und 1956 durch den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung mit total 68'000 Franken und ebenfalls dessen Beiträge zur Veröffentlichung des „Vocabulari sursilvan-tudestg“.

In Bezug auf die Bundesunterstützung für das Rätoromanische sind auch die Beiträge der vom Bund finanzierten Stiftung Pro Helvetia zu nennen. Diese traf 1944 mit dem Kanton Graubünden eine Abmachung, wonach die Mittel, die Pro Helvetia für die Förderung der rätoromanischen Kultur zur Verfügung stellte, wie folgt verwendet werden sollten:

- a. für die Unterstützung von kulturellen und sprachlichen Zeitschriften, soweit diese nicht durch den Kanton gefördert werden;
- b. für die Herausgabe von Büchern, soweit diese nicht aus andern Krediten des Bundes oder durch den Kanton aus den Mitteln der Bundessubvention gefördert werden;
- c. für die Förderung von Aktionen auf dem Gebiete der Musik und des Theaters;
- d. für die Förderung von Bestrebungen, welche dahin zielen, das Rätoromanische den übrigen Sprachgebieten nahezubringen und umgekehrt;
- e. für die Unterstützung von Aktionen zur Förderung der Kultur in den abgelegenen Gebirgsgegenden.<sup>23</sup>

Auf rechtlicher Ebene erstmals explizit zugesichert wurde eine allgemeine Unterstützung des Bundes für die rätoromanische Sprache im Bundesbeschluss vom 21. September 1942 über die Bewilligung einer jährlichen Bundessubvention an den Kanton Tessin und an die Talschaften italienischer und rätoromanischer Sprache des Kantons Graubünden zur Wahrung und Förderung ihrer kulturellen und sprachlichen Eigenart. Gestützt darauf erhielt der Kanton Graubünden ab 1943 einen jährlichen Bundesbeitrag von 10'000 Franken „zur Wahrung der sprachlichen und kulturellen Eigenart seiner Talschaften

---

<sup>22</sup> CORAY 2008, S. 338.

<sup>23</sup> Vgl. BBl 1958 II 266.

rätoromanischer Sprache“. Das neue Bundesgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 19. Juni 1953 trug zudem den Schwierigkeiten der Bergkantone und den sprachlichen Verhältnissen der Kantone Graubünden und Tessin in noch höherem Masse Rechnung als das bis dahin gültige Bundesgesetz vom 25. Juni 1903/15. März 1930. Als Berechnungsgrundlage für die Primarschulsubvention diene nicht mehr die Wohnbevölkerung, sondern die Zahl der 7- bis 15jährigen Kinder; gleichzeitig wurden die Bergzuschläge (jetzt Sonderzuschläge genannt) und Sprachzuschläge wesentlich erhöht, wobei bei den Sprachzuschlägen die rätoromanische Sprache speziell berücksichtigt wurde. Der Sprachzuschlag belief sich für den Kanton Graubünden auf 15 Franken für jedes 7- bis 15jährige Kind italienischer und auf 30 Franken für jedes 7- bis 15jährige Kind rätoromanischer Sprache.<sup>24</sup>

Die Übersetzung von Gesetzesvorlagen und anderen amtlichen Schriftstücken auf Rätoromanisch erfolgte auf Bundesebene auch nach 1938 wie bereits im 19. Jahrhundert nur punktuell aufgrund eines Freiwilligkeitsprinzips. Zu diesem Punkt hatte der Bundesrat bereits in seiner Botschaft über die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache von 1937 geschrieben:

„Wir sind der Ansicht, dass dem Begehren des Kleinen Rates, wichtigste Bundesgesetze in eine rätoromanische Schriftsprache zu übersetzen, grundsätzlich entsprochen werden sollte. Doch sollten sich diese Übersetzungen in der Tat auf Gesetze beschränken, die das Rechtsleben des Volkes aufs engste berühren und deshalb geistiger Besitz der Allgemeinheit werden müssen. [...] Um unnötige Kosten zu vermeiden, sollte unseres Erachtens eine Übersetzung ins Rätoromanische in der Regel erst dann angeordnet werden, wenn das betreffende Gesetz in Rechtskraft erwachsen ist. Da darüber, dass das Rätoromanische nicht Amtssprache des Bundes werden soll, Übereinstimmung herrscht, erscheint es selbstverständlich, dass die Übersetzung wohl amtlich herausgegeben würde, dass ihr aber nicht der Charakter eines authentischen Urtextes zugebilligt werden kann.“<sup>25</sup>

Erst im Jahr 1952 wurde deshalb erstmals eine Gesetzesvorlage vor einer eidgenössischen Volksabstimmung offiziell in die beiden Hauptidiome Sursilvan und Vallader übersetzt. Es handelte sich um eine Abstimmung über das Landwirtschaftsgesetz, welches grosse Teile der rätoromanischen Bevölkerung betraf.<sup>26</sup> Im Jahr 1974 wurden zum

---

<sup>24</sup> Vgl. BBl 1958 II 264.

<sup>25</sup> Vgl. BBl 1937 II 27.

<sup>26</sup> Volksabstimmung vom 30. März 1952 über das Landwirtschaftsgesetz; vgl. GIERÉ 1956, S. 32.

100. Jubiläum der Bundesverfassung zwei rätoromanische Versionen publiziert, eine auf Vallader und eine auf Sursilvan. Nach der Schaffung der gesamtromanischen Schriftsprache Rumantsch Grischun zu Beginn der 1980er-Jahre wurden auf Bundesebene stetig mehr Dokumente auf Rätoromanisch übersetzt, seit der Abstimmung vom 1. Dezember 1985 beispielsweise systematisch bis heute die Erläuterungen des Bundesrates zu den eidgenössischen Volksabstimmungen (inkl. der zur Abstimmung vorgelegten Verfassungs- und Gesetzestexte).

Innerhalb der Bundesverwaltung war das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) seit den ersten hier erwähnten Unterstützungen und Eingaben für sprachpolitische Fragen zuständig. Innerhalb des Departementes behandelte lange Zeit das Generalsekretariat direkt alle sprachlich- und kulturpolitischen Fragen. Im Jahr 1968 wurde das EDI-Generalsekretariat reorganisiert und es wurde unter der Leitung des Generalsekretärs eine Unterabteilung für kulturelle Angelegenheiten gebildet. Im Jahr 1973 wurde diese Abteilung als eigenes Amt aufgestellt mit den Sektionen Kunst- und Denkmalpflege, Film und allgemeine kulturelle Fragen. Formal stand dem Amt aber immer noch der Generalsekretär des EDI vor.<sup>27</sup> Die tatsächliche Verselbständigung des Amtes für kulturelle Angelegenheiten erfolgte am 1. Mai 1975 mit der Einsetzung eines eigenen Direktors.<sup>28</sup> Das Dossier Sprachminderheiten und Sprachenpolitik wurde der Sektion für allgemeine kulturelle Fragen übertragen.

Im gleichen Jahr wurde der damals weitherum beachtete Bericht der eidgenössischen Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik *Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz* (Clottu-Bericht) publiziert. Dieses breit abgestützte Dokument weiträumigen Nachdenkens über die Rolle der öffentlichen Hand im Bereich der Kultur beschäftigte sich nur am Rande mit der Sprachpolitik: Einerseits in den beiden Kapiteln zur Situation der Literatur sowie der Presse in der Schweiz, andererseits in einem kurzen Schlusskapitel zu den „besonderen Aufgaben des Bundes“, wozu auch die „kulturelle Aktivität in Rätoromanisch- und Italienisch-Graubünden“ gezählt wurde. Die Kommission hielt fest: „Die Förderungswürdigkeit aller Mittel zur Erhaltung und Weitergabe des rätoromanischen sprachlichen Kulturgutes ist unbestritten.“ Der Bundesverwaltung wurde empfohlen: „Im Lauf der kommenden Jahre sollten die Bundesbehörden nicht verfehlen, ihre Unterstützung in Übereinstimmung mit dem Kanton und den Gemeinden wenn nötig zu verstärken. Die Stiftung Pro Helvetia wird an ihrem

<sup>27</sup> Vgl. Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1973/1974, EDI, S. 68 f.

<sup>28</sup> Vgl. Verselbständigung des Amtes für kulturelle Angelegenheiten, Bundesarchiv, Signatur: E3001C#1984/195#4318. Im Jahr 1979 wurde das Amt in Bundesamt für Kulturpflege umbenannt.

Ort weiterhin Bedacht nehmen müssen auf die kulturellen Äusserungen der sprachlichen Minderheiten des Kantons Graubünden, indem sie von Fall zu Fall ihre Hilfe anbietet.“<sup>29</sup>

## **D. Eine zweite nationale Abstimmung über das Rätoromanische**

Anfang der 1980er-Jahre begann eine Phase intensiver Auseinandersetzung über die künftige Sprachen- und Minderheitenpolitik der Schweiz. In Bezug auf Graubünden begann diese Auseinandersetzung mit der Eingabe der beiden Sprachverbände Lia Rumantscha und Pro Grigioni Italiano vom 17. Dezember 1980, welche dem Bundesrat zusammen mit einem Schreiben der Bündner Kantonsregierung vom 19. Januar 1981 übergeben wurde. Begründet wurde das Begehren einer substantiellen Erhöhung der jährlichen Bundesbeiträge mit der wachsenden Bedrohung der beiden Sprachminderheiten. Deren Wille, durch eine mit aller Entschlossenheit durchgeführten Kulturpolitik die kulturelle Eigenständigkeit zu verteidigen und zu entfalten und trotz aller Schwierigkeiten die sprachliche Identität zu wahren, sei nur mit wirksamer Bundeshilfe durchzusetzen, schrieb die Bündner Kantonsregierung in ihrer Stellungnahme. Am 1. Juli 1981 beauftragte der Bundesrat das EDI, die Eingabe der Regierung des Kantons Graubünden zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welcher neben dem EDI-Generalsekretariat auch das umbenannte Bundesamt für Kulturpflege sowie das Finanzdepartement, das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Pro Helvetia, der Kanton Graubünden, die Lia Rumantscha und die Pro Grigioni Italiano vertreten waren. In ihrem Bericht *2½-sprachige Schweiz?*, der im Jahr 1982 publiziert wurde, formulierte die Arbeitsgruppe zehn Empfehlungen für eine Ausweitung und Verstärkung der Bundesunterstützung für das Rätoromanische, darunter eine Erhöhung der Bundessubventionen, die Übersetzung wichtiger Texte des Bundes ins Rätoromanische und den Ausbau der Radio- und Fernsehprogramme, aber auch den gezielten und verstärkten Einsatz regional-, raumordnungs- und arbeitsmarktpolitischer Massnahmen zugunsten der rätoromanischen und italienischen Sprachregionen Graubündens oder gar die Dezentralisierung von Teilen der Bundesverwaltung in diese Regionen. Des Weiteren wurde auch empfohlen, im Bundesamt für Kulturpflege eine Fachstelle zu schaffen für die Probleme des Rätoromanischen sowie der Italianità in den Kantonen Tessin und

---

<sup>29</sup> Vgl. Kommissionsbericht Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz, S. 306, 441.

Graubünden.<sup>30</sup> Dieser Forderung wurde im Folgejahr mit der Einrichtung einer Stelle in diesem Bereich Folge geleistet.

Durch die Motion des Bündner Nationalrats Martin Bundi von 1985 (85.516) wurde die politische Diskussion über die Schweizer Sprachenpolitik weiter vorangetrieben. Nationalrat Bundi verlangte in seinem Vorstoss eine Neufassung des Sprachenartikels der Bundesverfassung und in diesem Zusammenhang besonders eine stärkere Stellung des Rätoromanischen. Neben der Motion Bundi beschäftigten sich in diesen Jahren auch andere parlamentarische Vorstösse und die Medien intensiv mit der schweizerischen Mehrsprachigkeit. So setzte der Bundesrat im Jahr 1986 eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, die juristischen, historischen und sprachwissenschaftlichen Fragen in Zusammenhang mit einer Neufassung des Sprachenartikels der Bundesverfassung zu beurteilen. Der Bericht *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz* wurde im August 1989 veröffentlicht und empfahl unter anderem die grundsätzliche Gleichberechtigung der vier Nationalsprachen, die Förderung der sprachlichen Vielfalt der Schweiz, die Sicherstellung einer wirksamen Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, eine angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in sämtlichen Bereichen von Politik, Bildung und Kultur gesamtschweizerischer Ausrichtung sowie eine besondere Förderung des Rätoromanischen und Italienischen. Umschrieben wurden verschiedene Varianten für einen neuen Sprachenartikel der Bundesverfassung sowie zentrale Punkte eines zu erarbeitenden Sprachengesetzes.<sup>31</sup>

Die politische Beratung und Umsetzung dieser Vorschläge war anspruchsvoll und langwierig, denn die Probleme der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften der Schweiz akzentuierten sich, nicht zuletzt aufgrund einiger deutlicher Differenzen im Abstimmungsverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. Die Abstimmung über den EWR-Beitritt im Jahr 1992 ist dabei zweifellos die bekannteste.

Die Revision des Sprachenartikels 116 der Bundesverfassung wurde am 10. März 1996 mit 76,2 % Ja-Stimmen von der Bevölkerung deutlich gutgeheissen. Damit wurde Rätoromanisch zur Teilamtssprache des Bundes (d.h. zur Amtssprache im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache), was eine gesicherte gesetzliche Basis für die Übersetzung von wichtigen amtlichen Texten ins Rätoromanische darstellte. Der neue Sprachenartikel wurde dann in die neue Bundesverfassung vom 18. April 1999 aufgenommen und ausgebaut (Art. 70). Damit wurde die Bundesunterstützung für mehrsprachige Kantone sowie für Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen

---

<sup>30</sup> Vgl. DÖRIG 1982, S. 1-3, 173.

<sup>31</sup> Vgl. Bericht *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz*, S. 313 ff.

Sprache explizit in der Verfassung verankert. Dies war eine wichtige Grundlage für die heutige Ausgestaltung der Sprachenpolitik des Bundes. Aber auch die internationale Sprachen- und Minderheitenpolitik prägte die Weiterentwicklung der Sprachenpolitik des Bundes.

## **E. Internationale Bestrebungen zum Schutz von Minderheitensprachen**

Im Rahmen der UNO begannen während der 1960er-Jahre Diskussionen über einen allgemeinen Minderheitenschutz, welche am 19. Dezember 1966 zum *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* führten. Dieser garantiert den Angehörigen von ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten die freie Pflege und Ausübung ihrer Kultur, Religion und Sprache. Ein Menschenrechtsausschuss wurde für die Überwachung der staatlichen Verpflichtungen eingesetzt. In der Schweiz ist dieser Pakt im Jahre 1992 in Kraft getreten.

In Europa begann sich in den 1970er-Jahren die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (die Vorgängerin der OSZE) mit der Minderheitenproblematik zu befassen. Nach dem Fall der Berliner Mauer und in Folge der Minderheitenkonflikte in Osteuropa sowie diverser nationalistischer Strömungen in Europa befasste sich ab den 1990er-Jahren auch der Europarat mit dem völkerrechtlichen Schutz von Minderheiten. Im Jahr 1992 verabschiedete der Europarat eine Konvention, deren Erarbeitung insgesamt elf Jahre gedauert hatte. Das Ziel dieser *Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen*<sup>32</sup> ist die Erhaltung und Förderung der sprachlichen Vielfalt als Teil des europäischen Kulturlebens. Konkret bezweckt sie die Förderung der Benützung der Regional- oder Minderheitensprachen in den Bereichen Bildung, Rechtsprechung, Verwaltung, Medien, Kultur und Wirtschaft. Die Schweiz hat mit Bundesbeschluss vom 23. September 1997 der Ratifikation der europäischen Sprachencharta zugestimmt. Der Bund hat das Rätoromanische und das Italienische als Regional- oder Minderheitensprachen im Sinn der Charta definiert und den Förderungsbestimmungen unterstellt.

Im Jahr 1995 wurde in Strassburg das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* unterzeichnet. Dieses ist in der Schweiz seit 1999 in Kraft. Das Eidgenössische Departement des Äusseren als federführendes Departement arbeitet zur Umsetzung dieses Übereinkommens eng mit dem Bundesamt für Kultur, mit den Kantonen und mit betroffenen Organisationen zusammen. Das Rahmenübereinkommen verzichtet auf

---

<sup>32</sup> SR 441.2.

eine Definition nationaler Minderheiten und überlässt diese den einzelnen Staaten. Die Schweiz hat unter anderem die rätoromanische Bevölkerung als nationale Minderheit im Sinne des Rahmenübereinkommens definiert. Die Erklärung der Schweiz zur Ratifizierung des Rahmenübereinkommens lautet:

„Die Schweiz erklärt, dass in der Schweiz nationale Minderheiten im Sinne des Rahmenübereinkommens die Gruppen von Personen sind, die dem Rest der Bevölkerung des Landes oder eines Kantons zahlenmässig unterlegen sind, die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, seit langem bestehende, feste und dauerhafte Bindungen zur Schweiz pflegen und von dem Willen beseelt sind, zusammen das zu bewahren, was ihre gemeinsame Identität ausmacht, insbesondere ihre Kultur, ihre Traditionen, ihre Religion oder ihre Sprache. Die Schweiz erklärt, dass die Bestimmungen des Rahmenübereinkommens, die den Gebrauch der Sprache im Verhältnis zwischen Einzelpersonen und Verwaltungsbehörden regeln, unbeschadet der von der Eidgenossenschaft und den Kantonen bei der Festlegung der Amtssprache angewandten Grundsätze gelten.“<sup>33</sup>

Am 18. März 2007 schliesslich trat das *UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen*<sup>34</sup> in Kraft, welches eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik schaffte. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt werden darin als grundlegendes Gut und Identitätsmerkmal definiert, die Erhaltung dieser Vielfalt als Grundlage demokratischer Staatsbürgerschaft und rechtsstaatlicher Minderheitenpolitik. Angesichts dieser Zielsetzung versteht es sich von selbst, dass die Schweiz bei der Ausarbeitung dieses Übereinkommens, zusammen mit Frankreich und Kanada, eine tragende Rolle übernommen hat. Nach einer positiv ausgefallenen Vernehmlassung und mit der grossen Zustimmung des Parlaments hat die Schweiz das Übereinkommen am 16. Juli 2008 ratifiziert. Dieses Übereinkommen ist eine Grundlage für die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der Schweiz und damit auch der rätoromanischen Sprache und Kultur.

---

<sup>33</sup> Vgl. SR 441.1.

<sup>34</sup> SR 440.8.



## F. Die Unterstützung des Rätoromanischen durch den Bund heute

Die grossen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der letzten beiden Jahrzehnte haben auch die hiesige Diskussion über die Nationalsprachen in einen ganz neuen Kontext gestellt. Die Entwicklung der Kommunikation, die Mobilität, Globalisierung sowie politische Debatten zur Mundart verliehen den Überlegungen zur Rolle der Nationalsprachen und zur nationalen Identität eine neue Dringlichkeit.

Der neue Sprachenartikel der Bundesverfassung lieferte die Grundlage für die Ausarbeitung einer Bundesgesetzgebung über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. Es folgte ein langer Prozess zur Ausarbeitung des Sprachengesetzes, der für das politische Funktionieren der Schweiz mit der Komplexität des föderalistischen Systems und den subtilen Ausgleichsmechanismen, die dabei im Spiel sind, charakteristisch ist. Am 5. Oktober 2007 wurde das Sprachengesetz<sup>35</sup> schliesslich vom Parlament verabschiedet.

Das Sprachengesetz trat am 1. Januar 2010 in Kraft, die dazugehörige Sprachenverordnung<sup>36</sup> am 1. Juli 2010. Sie enthalten die Prinzipien, welche die Sprachpolitik des Bundes sowie die institutionelle Mehrsprachigkeit der Bundesverwaltung in Zukunft prägen sollen. Diese gliedern sich in vier Hauptbereiche: die Amtssprachen des Bundes, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften der Schweiz, die Unterstützung der mehrsprachigen Kantone sowie die Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur. Das Ziel ist eine entschiedene und kohärente Stärkung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Schweiz.

Wichtige Fördermassnahmen zugunsten der individuellen und gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit sowie zugunsten der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften sind beispielsweise der Schulaustausch für Schülerschaft und Lehrpersonen oder der Unterricht in den Nationalsprachen. In Bezug auf die institutionelle Mehrsprachigkeit der Bundesverwaltung bestätigen das Sprachengesetz und die Verordnung die Vorreiterrolle der Bundesverwaltung und verpflichten sie, für eine adäquate Vertretung der Amtssprachen zu sorgen. Dies reflektiert einerseits die mehrsprachige Realität des Landes und garantiert andererseits das Funktionieren einer mehrsprachigen und interkulturellen

---

<sup>35</sup> SR 441.1.

<sup>36</sup> SR 441.11.

Verwaltung. Deshalb definiert die Sprachenverordnung auch ganz konkrete, in Prozenten angegebene Zielvorgaben.

Der Kanton Graubünden wird auf dieser gesetzlichen Grundlage gegenwärtig vom Bund als mehrsprachiger Kanton sowie für die Erhaltung und Förderung des Rätoromanischen und Italienischen mit rund 5 Millionen Franken unterstützt. Dies aufgrund von Art. 21 (Mehrsprachige Kantone) und Art. 22 (Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur) des Sprachengesetzes bzw. aufgrund von Art. 17 (Mehrsprachige Kantone) sowie Art. 18 bis 21 (Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur im Kanton Graubünden) der Sprachenverordnung.

Die Unterstützung der Lia Rumantscha sowie – neu explizit im Gesetz verankert – der rätoromanischen Verlagstätigkeit und der rätoromanischen Presse erfolgt heute vollumfänglich über eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Bund (vertreten durch das Bundesamt für Kultur) und dem Kanton Graubünden (vertreten durch das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement). Seit Inkrafttreten des Sprachengesetzes erfolgt zusätzlich zur bereits über Jahrzehnte erweiterten Unterstützung des Kantons Graubünden sowie der Lia Rumantscha für die Förderung und Erhaltung der rätoromanischen Sprache und Kultur ebenfalls eine Unterstützung des Kantons Graubünden für die Erfüllung seiner besonderen Aufgaben als mehrsprachiger Kanton.

Zu diesen Aufgaben gehören gemäss Sprachenverordnung namentlich die Schaffung geeigneter Voraussetzungen und Hilfsmittel für die mehrsprachige Arbeit in politischen Behörden, Justiz und Verwaltung sowie die Förderung der Mehrsprachigkeit im Bildungsbereich. Aufgrund dieser Unterstützung kann der Kanton also Massnahmen im Bereich des Sprachunterrichts sowie im Bereich der Sprachförderung in der Kantonsverwaltung umsetzen.

Konkrete Massnahmen des Kantons im Rahmen der aktuellen Leistungsvereinbarung mit dem Bund für die Jahre 2012-2015 sind unter anderem:

- Massnahmen der Kantonsverwaltung: Projekte im Bereich des Sprachunterrichts, Produktion von Lehrmitteln, Sprachkurse für Kantonsangestellte, Übersetzungen und Terminologearbeiten.
- Unterstützung von Organisationen: Finanzhilfen zuhanden der Lia Rumantscha (LR) für ihre Aktivitäten zur Förderung und Erhaltung der rätoromanischen Sprache und Kultur.

- Unterstützung der Verlagstätigkeit in rätoromanischer Sprache, konkret der Aktivitäten der Chasa Editura Rumantscha (CER), welche im Rahmen eines Pilotprojekts des Kantons Graubünden, der Lia Rumantscha und der Pro Helvetia aufgebaut worden ist und seit 2013 von Bund und Kanton unterstützt wird.
- Unterstützung der Agentura da Novitads Rumantscha (ANR), welche die Produktion täglicher Nachrichten in rätoromanischer Sprache garantiert. Diese werden in verschiedenen Regionalzeitungen sowie in der Tageszeitung La Quotidiana (LQ) publiziert.

In seiner Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2019 (Vernehmlassungsentwurf) sieht der Bundesrat vor, die Unterstützung des Bundes für das Rätoromanische im bisherigen Rahmen weiterzuführen.

Die Sprache ist ein wesentliches Merkmal des Menschen und ist wohl das wichtigste Medium, mit dem sich der Mensch im Kontakt mit anderen Menschen zu einer Persönlichkeit entfaltet. Die Sprache ist ein essentieller Faktor für die Bildung von Gemeinschaften sowie für die Teilhabe der Individuen wie der Gemeinschaften an Kultur und Demokratie.

Ohne angemessene staatliche Unterstützung lassen sich die sprachpolitischen Herausforderungen der Schweiz nicht lösen. Ein wesentlicher Teil der Verantwortung liegt dabei bei den Kantonen und Gemeinden. Da die Sprachen und viele Sprachprobleme jedoch die Kantonsgrenzen überschreiten und die existentiellen Sprachprobleme eines Landesteils immer auch zugleich die Probleme des Bundes sind, braucht es ohne Zweifel auch eine gesamtschweizerische Sprachpolitik. Die Lebenskraft einer Sprache hängt jedoch in erster Linie vom Willen einer Bevölkerungsgruppe ab, diese Sprache auch zu pflegen.

## Bibliographie

### Amtliche Texte

- Vermittlungsacte des Ersten Consuls der fränkischen Republik zwischen den Parteien, in welche die Schweiz getheilt ist (Mediationsverfassung) vom 19. Februar 1803
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 12. September 1848
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache vom 1. Juni 1937
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Gewährung eines jährlichen Beitrages an die Ligia Romontscha/Lia Rumantscha vom 4. Juli 1958
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung eines jährlichen Beitrages an die Ligia Romontscha/Lia Rumantscha vom 22. Mai 1968
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung eines jährlichen Beitrages an die Ligia Romontscha/Lia Rumantscha und an die „Pro Grigioni Italiano“ vom 21. Dezember 1973
- Botschaft über erste Massnahmen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen vom 28. September 1981
- Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache vom 5. September 1990
- Botschaft über die Revision des Sprachenartikels der Bundesverfassung (Art. 116 BV) vom 4. März 1991
- Botschaft zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen für die Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur vom 1. März 1995
- Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 vom 23. Februar 2011
- Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2019 (Vernehmlassungsentwurf)
- Bundesgesetz zur Abänderung des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1903 betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 15. März 1930
- Bundesbeschluss über die Bewilligung einer jährlichen Bundessubvention an den Kanton Tessin und an die Talschaften italienischer und rätoromanischer Sprache des Kantons Graubünden zur Wahrung und Förderung ihrer kulturellen und sprachlichen Eigenart vom 21. September 1942
- Bundesgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 19. Juni 1953
- Bundesbeschluss betreffend die Gewährung eines jährlichen Beitrages an die Ligia Romontscha/Lia Rumantscha vom 25. September 1958
- Bundesbeschluss über die Gewährung eines jährlichen Beitrages an die Ligia Romontscha/Lia Rumantscha vom 2. Dezember 1968

Bundesbeschluss über die Unterstützung der Ligia Romontscha/Lia Rumantscha und der „Pro Grigioni Italiano“ vom 23. September 1974

Bundesgesetz über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache vom 24. Juni 1983

Bundesgesetz über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache, Änderung vom 22. März 1991

Bundesgesetz über Finanzhilfen für die Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur vom 6. Oktober 1995

Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften vom 5. Oktober 2007

Verordnung über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften vom 4. Juni 2010

### **Amtliche Berichte**

Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz, Bericht der eidgenössischen Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik, Bern 1975

2½-sprachige Schweiz? Zustand und Zukunft des Rätoromanischen und des Italienischen in Graubünden – Abklärungen und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departementes des Innern, Bern 1982

Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz. Abklärungen, Vorschläge und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departementes des Innern, Bern 1989

Parlamentarische Initiative, Bundesgesetz über die Landessprachen, Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates vom 15. September 2006

Parlamentarische Initiative, Bundesgesetz über die Landessprachen, Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates, Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Oktober 2006

### **Sekundärliteratur**

BERTHER IVO, Il mund sutura – Die Welt steht Kopf, Quellen und Forschungen zur Bündner Geschichte, Staatsarchiv Graubünden, Chur 2012

CORAY RENATA, Von der Mumma Romontscha zum Retortenbaby Rumantsch Grischun. Rätoromanische Sprachmythen, Institut für Kulturforschung Graubünden, Chur 2008

DÖRIG HANS RUDOLF, 2½-sprachige Schweiz?, Desertina Verlag, Disentis 1982

GIERÉ GIAN-RETO, Die Rechtsstellung des Rätoromanischen in der Schweiz, Verlag Keller, Winterthur 1956

LECHMANN GION, Rätoromanische Sprachbewegung. Die Geschichte der Lia Rumantscha von 1919 bis 1996, Verlag Huber, Frauenfeld 2005

LIVER PETER, Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden, Zeitschrift für Schweizergeschichte, Band 13 (1933), Seiten 206-248

---

LIVER PETER, Rechtsgeschichtliche Aufsätze. Neue Folge, Hrsg. CARONI PIO, Chur 1982

VALÄR RICO, Weder Italiener noch Deutsche! Die rätoromanische Heimatbewegung 1863-1938, Hier + Jetzt Verlag, Baden 2013

WIDMER JEAN et al., Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs, Peter Lang, Bern 2004